

## **The deployment and penetration of high-speed fibre networks and services: Why are EU member states lagging behind?**

Wolfgang Briglauer, Klaus Gugler

Der breitbandige Ausbau von Telekommunikationsnetzen ist ein derzeit auf internationaler Ebene ausführlich diskutiertes Thema. Betreiber von Telekommunikationsnetzen erachten es erforderlich, ihre Netze dem wachsenden Bedarf nach immer schnelleren und somit breitbandigeren Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) anzupassen. Die dafür erforderliche Erneuerung bestehender (auf Kupferkabel basierender) Telekommunikationsnetze bzw. deren (teilweiser) Ersatz durch Glasfasernetze erfordert hohe Investitionsvolumina. Deshalb und auch wegen der für den Bereich IKT in Aussicht gestellten Möglichkeiten sowie aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Wachstumspotentiale sehen manche Branchenvertreter in einem solchen Unterfangen sogar ein „Jahrhundertprojekt“.

Der entsprechende Glasfaserinfrastrukturausbau („Next Generation Access“ – NGA) geht jedoch nicht nur mit erheblichen Investitionen einher, sondern auch mit großer Unsicherheit und hohem Risiko für potentielle Investoren. Vormalige – zumeist staatlich kontrollierte – Monopolisten von Telekomnetzen (Altsassen bzw. Incumbents) sehen sich durch die sektorspezifische Vorabregulierung („ex ante“) zudem in ihren Möglichkeiten eingeschränkt, künftige Erlöse erzielen zu können. Auf europäischer Ebene wird von diesen argumentiert, dass ein Breitbandausbau nur nach weitgehender Lockerung bestehender Regulierung oder gar erst nach einer (temporär) gänzlichen Aufhebung der Regulierung erfolgen könne. Regulierung des Netzzugangs stünde demnach den Anreizen zur Investition und Netzinnovation diametral entgegen. Umgekehrt sehen viele nationale Regulierungsbehörden mit dem Ausbau neuer (auf Glasfaser basierender) Infrastrukturen auch eine Gefahr von neuen und gegebenenfalls noch vehementeren Monopolbereichen („bottlenecks“), welche einer entsprechenden Vorabregulierung bedürften („essential facility“). Das Themenfeld ist darüber hinaus noch weitläufiger zu sehen, als ein infrastruktureller Glasfaser- bzw. Breitbandausbau nicht mehr nur eine Angelegenheit von Telekommunikationsbetreibern und Regulierungsbehörden ist. Vielmehr wird hier auch dem Staat eine wesentliche Rolle im Rahmen der erforderlichen Förderungsmodelle zukommen, da erst begleitende öffentliche Förderungen bei unsicherem/unprofitablen Businesscase einen Ausbau ermöglichen.

Der gegenständliche Beitrag will basierend auf aktuellsten Entwicklungen auf Ebene der europäischen Regulierungspolitik sowie auf Basis von inner- und außereuropäischen Quervergleichen sowie einer qualitativen als auch quantitativen Analyse Antworten auf

folgende Forschungsfrage geben: Inwiefern können die unterschiedlichen Netzausbauten und Penetrationsraten auf Unterschiede in den sektorspezifischen und staatlichen Politikmaßnahmen zurückgeführt werden?

Im Ergebnis zeigt sich, dass der Rückstand der meisten europäischen Staaten gegenüber den im Glasfaserausbau führenden ost-asiatischen Staaten aber auch gegenüber den USA nicht unwesentlich auf den bisherigen Regulierungsrahmen zurückzuführen sind, der in Hinblick auf dynamische Effizienz und Investitionstätigkeiten bisher unzureichende Anreize gesetzt hat. Zudem waren in den führenden asiatischen Staaten im Durchschnitt deutlich höhere staatliche Fördermaßnahmen zu beobachten. Der bisherige Europäische Weg einer restriktiven Förderungspolitik und strikten sektorspezifischen Regulierung auf Breitbandmärkten ist daher kritisch zu werten in Hinblick auf den Ausbau neuer Kommunikationsnetze.